



---

---

## **Unterausschuss "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses**

### **14. Sitzung (öffentlich)**

17. Oktober 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

14:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:** Seite

**Zur Tagesordnung** 1

Auf Wunsch der SPD-Fraktion erklärt sich der Ausschuss einverstanden, eine Aktuelle Viertelstunde durchzuführen.

**1 Aktuelle Viertelstunde** 1

hier: **Reduzierung der Zahl der Auszubildenden in der Justiz**

- Ausführliche Diskussion

Vonseiten des Finanzministeriums wird angekündigt, dem Unterausschuss Zahlen - soweit vorhanden - betreffend die Weiterbeschäftigung der Ausgebildeten zuzuleiten.

**2 Bericht über den aktuellen Stand der Ausschreibung zum Personaleinsatzmanagement** 5

Ein Vertreter des Finanzministeriums bietet an, den Ausschuss am 7. November nach Entscheidung des Kabinetts über die Grundsätze für das Personaleinsatzmanagement erneut zu unterrichten.

	II	APr 14/0266 17.10.2006
Landtag Nordrhein-Westfalen		
Unterausschuss "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses		
14. Sitzung (öffentlich)		ni-hoe
		Seite
<b>3</b>	<b>Neuregelung der Altersteilzeit</b>	5
	- Bericht eines Vertreters des Finanzministeriums	
<b>4</b>	<b>Personalsituation in den staatlichen Umweltämtern</b>	5
	- Ausführliche Diskussion	
<b>5</b>	<b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)</b>	9
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2300	
<b>a)</b>	<b>Haushaltsgesetz</b>	9
<b>b)</b>	<b>Einzelplan 01 - Landtag</b>	10
	(Keine Diskussion)	
<b>c)</b>	<b>Einzelplan 02 - Ministerpräsident</b>	10
<b>d)</b>	<b>Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie</b>	11
<b>e)</b>	<b>Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz</b>	11
<b>f)</b>	<b>Einzelplan 13 - Landesrechnungshof</b>	12
	(Keine Diskussion)	

Landtag Nordrhein-Westfalen	III	APr 14/0266
Unterausschuss "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses		17.10.2006
14. Sitzung (öffentlich)		ni-hoe

Seite

**g) Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Verkehr** 12

(Keine Diskussion)

**h) Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung** 12

(Keine Diskussion)

**6 Vorbereitung der Anhörung der Berufsverbände** 12

Den Berufsverbänden soll der Wunsch des Ausschusses mitgeteilt werden, sich bei ihren Statements auf höchstens 15 Minuten zu beschränken.

**7 Verschiedenes** 13

hier: Terminplanung für das Jahr 2007 (s. Anlage)

Der Unterausschuss akzeptiert den vorgelegten Terminplan einvernehmlich. Sitzungsbeginn soll weiterhin 14:30 Uhr sein.

\*\*\*\*\*



tatsächlichen Gegebenheiten - Tarifierhöhungen, Höhergruppierungen, befristeten Einstellungen, Scheidungen, Familienzuwachs etc. - angepasst.

**Christian Weisbrich (CDU)** hält es im Sinne der Beschäftigten für vernünftig, zunächst einmal, wie geschehen, die Stellenumwandlungen im Haushaltsplan zu verankern, um später bei verbesserter finanzieller Lage die Beförderungen kurzfristig tatsächlich vornehmen zu können. Dies wäre nicht möglich, enthielte der Stellenplan die entsprechenden Stellen gar nicht.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** bezeichnet es als interessant, bei einem 100-Millionen-€ Budget über eine Größenordnung von ca. 70.000 € jährlich zu diskutieren.

Er könne nur konstatieren: Der Nachfolger von Bärbel Höhn als Umweltminister sei offenbar nicht durchsetzungsfähig, sei es ihm doch nicht gelungen, die geringe Summe von etwa 70.000 € beim Finanzminister herauszuholen.

## 5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/2300

### a) Haushaltsgesetz

#### § 6 Abs. 4

Mit Blick auf die insoweit nicht eindeutige Formulierung des Absatzes erkundigt sich **Thomas Eiskirch (SPD)**, ob die darin enthaltenen Möglichkeiten bisher nur für Projekte im Rahmen des Twinning-Programms genutzt worden seien und wie es mit der Fortführung des Programms aussehe.

Bisher habe sich die Nutzung der Vorschrift seines Wissens auf Twinning-Aktivitäten beschränkt, meint **MR Landwehr (FM)**, doch schließe der Wortlaut der Regelung nicht aus, dass ein Ressort im Vollzug Stellen einrichte und mit ihm zugeflossenen Drittmitteln Personal auch für andere Maßnahmen finanziere. Dies sollte nicht von vornherein durch das Haushaltsgesetz ausgeschlossen werden.

#### § 6 Abs. 10

**Harald Schartau (SPD)** möchte wissen, wie das Land beabsichtige, die vorgegebene Quote für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nach Kommunalisierung der Versorgungsämter, bei denen überdurchschnittlich viele schwerbehinderte Menschen arbeiteten, zu erreichen.

**MR Landwehr (FM)** räumt ein, die Landesregierung müsse in den nächsten Jahren sicherlich alle Anstrengungen unternehmen, um die Quote - im Moment werde sie knapp übererfüllt - zu halten. Die Versorgungsverwaltung allerdings beschäftige zwar viele schwerbehinderte Menschen, falle mit Blick auf die landesweite Quote wegen ihres doch eher geringen Volumens aber nicht gravierend ins Gewicht.

### § 6 Abs. 12

**Thomas Eiskirch (SPD)** erinnert an die erstmals im Haushalt 2006 verankerte Berichtspflicht jeweils zum 30. Juni und 30. September eines Jahres. Beide Berichte lägen noch nicht vor.

**MR Landwehr (FM)** stellt klar: Zu den genannten Stichtagen sollten dem Parlament die Berichte nicht vorliegen, sondern es sollten Berichte zu den genannten Stichtagen erstellt werden.

Die vom FM per Erlass gebetenen Ressorts, ihm bis zum 31. Juli zu berichten, hätten ihrerseits Berichte der ihnen jeweils nachgeordneten budgetierten Einheiten angefordert, also - bis auf wenige Ausnahmen - von den Mittelbehörden. Diese Abfrage bei dem nachgeordneten Bereich und die Urlaubszeit zeichneten für den erst sehr späten Eingang der Berichte beim FM, der seinerseits dann noch in einigen Berichten enthalten gewesene Unstimmigkeiten habe überprüfen müssen, verantwortlich. Inzwischen liege der Bericht hausintern vor. Da der Haushaltsgesetzgeber jedoch nicht einen Bericht des FM, sondern der Landesregierung wünsche, stehe noch ein Kabinettsbeschluss aus. Bis zum 7. November werde der Bericht aber vermutlich dem Unterausschuss zur Verfügung stehen.

#### b) Einzelplan 01 - Landtag

*(Keine Diskussion)*

#### c) Einzelplan 02 - Ministerpräsident

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** mahnt die von ihm in der letzten Sitzung erbetene Übersicht über die Kostensteigerungen in der Staatskanzlei durch Ausweisung neuer Stellen an.

**MR Feldkötter (StK)** hat, wie er sagt, auf eine entsprechende Frage von Rüdiger Sagel im Berichterstattergespräch am 30. September 2006 eine Information zugesagt, die dem Protokoll als Anlage beigelegt werden solle, und verweist auf die dem Hauptausschuss zugegangene Vorlage 14/651.

Es gehe erstens um die im Haushaltsentwurf dargestellten zwei B4-Stellen und eine B2-Stelle mit jährlichen Aufwendungen von 326.500 € und zweitens um die in einer Ergän-

zungsvorlage noch auszuweisenden folgenden Stellen: eine Staatssekretärsstelle der Besoldungsgruppe B10, eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 15 für den persönlichen Referenten des neuen Staatssekretärs, eine Stelle für eine Vorzimmerkraft der Vergütungsgruppe BAT Vb sowie eine Stelle für einen Fahrer der Pauschalgruppe 5 a mit Kosten von insgesamt 349.100 € jährlich.

**d) Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**

**Kap. 08 140 - Landesbetrieb Mess- und Eichwesen NRW**

**MR Landau (MWME)** teilt mit, die Realisierung der verbliebenen 23 von insgesamt 54 durch Organisationsgutachten im Haushalt 1998 ausgewiesen gewesenen kw-Vermerke stehe unter dem Vorbehalt der umfänglichen Privatisierung der sogenannten Ersteichung. In der Tat habe sich das europäische Recht in diese Richtung entwickelt; das Bundesrecht vollziehe diesen Schritt jetzt nach, jedoch mit zwei Einschränkungen: Privatisiert werden solle nur die Ersteichung von zehn Messgeräten und die Übergangszeit laufe bis 2016. Bis dahin dürften die Eichpflichtigen ab 1. November dieses Jahres zwischen der Eichverwaltung und einer Konformitätserklärung, die sie selbst in Zusammenarbeit mit benannten privaten Stellen erbringen könnten, wählen. Es lasse sich nicht absehen, für welchen Weg sich die Eichpflichtigen letztendlich bis 2016 entscheiden würden. Er rechne dennoch damit, einen Teil der kw-Vermerke mit dem Haushalt 2008 umsetzen zu können. Die genaue Zahl hänge aber von der oben geschilderten Entscheidung der Kunden ab.

**e) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

**Entwicklung des Einzelplans 10 im Vergleich zum Vorjahr,  
Entwicklung der Budgets**

**Thomas Eiskirch (SPD)** macht auf einige auf den ersten Blick nicht nachvollziehbare Ansätze aufmerksam.

Während in Kapitel 10 110 die Beschäftigtenzahl um eins sinke, stiegen die Personalausgaben dennoch um 10,1 %.

In Kapitel 10 111 bleibe zwar die Zahl der Stellen gleich, doch stiegen die Personalausgaben sogar um 31,3 %.

In Kapitel 10 120 wiederum reduzierte sich die Zahl der Stellen um immerhin 19, die Personalausgaben verminderten sich jedoch nur um 1,7 %.

**LMR Henrich (MUNLV)** bezieht sich zunächst auf Kapitel 10 110. Die Mittel dienen zur Finanzierung von Aushilfskräften im Rahmen des um zwei weitere Jahre verlängerten, insgesamt auf nun acht Jahre befristeten Sonderprogramms Verbraucherschutz.

In Kapitel 10 111 finanziert man die Mehrausgaben ausschließlich aus der Jagdabgabe; sie belasteten den Landeshaushalt nicht. - Diese Erklärung hält **Thomas Eiskirch (SPD)** angesichts der Tatsache, dass es hier um beachtliche Personalmehrausgaben bei gleichbleibender Stellenzahl gehe, für nicht nachvollziehbar. Stellenzahl und Geld passten in den Haushaltsentwurf nicht zusammen. - Es handele sich um eine Anpassung an das Ist, erwidert **LMR Henrich (MUNLV)**.

**f) Einzelplan 13 - Landesrechnungshof**

*(Keine Diskussion)*

**g) Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Verkehr**

*(Keine Diskussion)*

**h) Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung**

*(Keine Diskussion)*

**6 Vorbereitung der Anhörung der Berufsverbände**

Der **Vorsitzende** teilt mit, die Anhörung solle gemäß Abstimmung mit den Fraktionsprechern am 31. Oktober 2006 um 13:30 Uhr stattfinden und nach Themenschwerpunkten abgewickelt werden. Eingeladen worden seien die Gewerkschaft Verdi, die Deutsche Steuergewerkschaft, der Deutsche Richterbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund sowie der Deutsche Beamtenbund.

Den Berufsverbänden soll der Wunsch des Ausschusses mitgeteilt werden, sich bei ihren Statements auf höchstens 15 Minuten zu beschränken.